



## RUNDBRIEF im November 1997

Liebe Freundinnen und Freunde,

Der Widerstand gegen den Gorleben-Castor hat eine neue Welle der Anti-AKW-Bewegung ausgelöst, von Krümel über Ahaus bis Neckarwestheim Aktionen und Demos. Und Reaktionen und Entwicklungen der Hohen Politik geben zu Hoffnung Anlaß: Die neue Labour-Regierung will die Dreckschleuder Sellafield jetzt wenigstens emissionsmäßig nachrüsten, und unsere Umweltministerin steht als Verantwortliche für die (Un-) Heimlichkeit von Castor-Transporten vor dem Europäischen Gerichtshof.

Bei uns in Bayern gehen die Uhren wieder mal anders, der juristische Druck auf uns wächst, und wir sind voll beschäftigt mit der juristischen Aufarbeitung der Aktionen vergangener Jahre. Das ist nicht unbedingt nur Nabelschau, es kann auch dazu beitragen, die im nächsten Jahr anstehenden politischen Entscheidungen und Weichenstellungen in die richtige Richtung zu lenken.

Beim Erschrecken und Schimpfen über die Realitätstüchtigkeit der SPD und die Politikfähigkeit der Grünen und Wahlen sowieso sollten wir vor Augen haben, daß es auch an uns liegt, ob grüne und sozialdemokratische Politik an Standards, an der Basis gemessen und verantwortet werden muß oder nicht.

Dazu gehört auch, daß die Mahnwache Öffentlichkeitsarbeit macht. Staatsanwalt Kreuzpointner hat es ja erreicht, daß v.a. Koni Links Prozesse betr. Aktionen über 2 Jahre und dann auch noch alle möglichen anderen Verfahren zusammengelegt werden. Das General-Thema ist mit einer einzigen Ausnahme (Christof Then und das 2. Go In 1993) die atomare Entsorgungslüge und unsere Aktionen dagegen.

Wir nehmen also den Berufungsprozeß am Landgericht Memmingen – 26.11. bis (mindestens) 5.12. – zum Anlaß für **3 Veranstaltungen in der Gaststätte Elbistan**, Memmingen, mit Jochen Stay von x-tausendmal quer aus dem Wendland, mit unserem Zeugen Christian Küppers vom Öko-Institut und mit Raimund Kamm, AK Energie der Grünen bzw. BI Energiewende atomfreies Schwaben.

Dazu werden wir eine **Broschüre namens 15 Uhr Mahnwache** vorstellen über uns und das AKW, keine Dokumentation, sondern eher eine Argumentationshilfe, incl. ausführlicher Chronik (wie auf der letzten Seite, aber über 8 Jahre) plus Kurzportraits, Fotos und einige Zeitungsschnippel. Ihr helft uns, die Auflage kalkulieren, wenn Ihr jetzt vorbestellt.

Dazu gehört aber auch, daß unsere Aktionen weitergehen, vor allem wenn im Frühjahr der Castor nach Ahaus fährt.

Und da wird es schwierig: Die Mahnwache ist – wie schon in den letzten Rundbriefen angedeutet – in einer Umbruchphase. Sie hat es nicht geschafft, sich kampagnenartig zu verbreiten oder auch nur kontinuierlich eine Aktionsform zu entwickeln. Dafür aber war sie lange Zeit im Kern ein Freundeskreis, der sich nicht nur gut verstand, sondern gemeinsam an dem Willen festhielt, den Widerstand gegen die Atomkraft in das Alltagsleben des Einzelnen einzubeziehen und damit aus der Kontinuität ihrer Aktionen, von denen jede einzelne ja ein vergebliches Aufbegehren ist, doch zum Erfolg zu kommen, d.h. zum Abschalten des AKW beizutragen. Dieses gegenseitige „Versprechen“ mag eine Phantasmagorie sein oder auch zu der Ganzheitlichkeit des Konzepts gewaltfreier Widerstand, wie wir ihn bisher verstanden haben, dazugehören.

Volker Nick

Doris Kainz

Sigrid Birrenbach / Rolf Hiemer

Koni Link

Volker Scheub

Jetzt werden wir älter, kriegen Kinder und Beruf (oder auch nicht, was auch nicht besser ist) und ziehen z.T. weg. Und erstaunt und zerknirscht stellen wir fest, daß das Ganze in Stil und Anspruch „nur“ ein Jugendprojekt war, und daß unsere Prioritäten sich ändern, mal „von ganz allein“, mal in mühsamen Denk- und Arbeitsprozessen, eingeklemmt zwischen schreienden Kindern, Broterwerb, Geldsorgen, Bewährungsstrafen und Telefonaten. Dann kommt nachts im Bett auf leisen Sohlen der Selbstvorwurf des Verrats.

Aber moralische Skrupel stehen selbst inzwischen im Zwielficht, das heroische Pathos der Mahnwache erscheint uns veraltet. Kohl und Kohlsorten und der Wegfall der Konkurrenz im Osten zu unserem Gesellschaftssystem haben uns Moral und Utopien abgewöhnt, abgekauft. Wir führen da einen kaum bewußten Abwehrkampf.

Also, es gibt (z.T. heftige) Auseinandersetzungen in der Mahnwache, was wir hier damit dokumentieren, daß wir nicht nur den Aufruf zum Schienenabbau gegen den Ahaus-Castor bringen, bei der einige von den Alt-Cracks der Mahnwache nicht mitmachen werden. Sondern auch Rolf Stellungnahme dazu, des Initiators und lange eine Art Kopf der Mahnwache. Dazu vielleicht auch passend der Abdruck eines Artikels aus der Süddeutschen. Wir stellen uns im nächsten Rundbrief vielleicht noch mehr Stellungnahmen und eine richtige Diskussion vor – schau mer mal, ob wir die Zeit dazu haben, und vor allem Euer Interesse ...

Zum Thema Finanzen einen schönen Gruß von Doris, unserer Frau Kassenwart, und mit dem Erscheinen dieses Rundbriefs seien wir pleite. Unsere letzten Spendenappelle haben leider wenig gebracht – den wenigen Spendern umso mehr Dank!

Und weil Ihr den vorweihnachtlichen Ablaßhandel wohl genauso verabscheut wie ich, stelle ich Euch hiermit etwas anderes vor, eine Art Selbstbesteuerung auf die Atomenergie, die Ihr selber verwendet.

Diesen **Atompfennig** wollen wir vor allem für die anstehenden heftigen Prozeßkosten verwenden. Damit laden wir den Arbeitstreffen (zur Erinnerung: jeden 1. Sonntag im Monat nach der Mahnwache) freilich etwas auf: so gerne wir das Geld alleine vervespern würden, es soll für Prozesse gewaltfreier AtomgegnerInnen im ganzen süddeutschen Raum zur Verfügung stehen,

„Anträge“ dafür mündlich oder besser schriftlich an Volker Nick, unseren Prozeßkoordinator. In Norddeutschland macht das x-tausendmal quer, und wir freuen uns, daß damit unser Zusammenhang mit dem Wendland wieder mal praktisch wird; einige erinnern sich vielleicht an das Kreuz aus zusammengeschnittenen Schienen aus dem Wendland bei der 2. Ausrangiert-Aktion.

Wir grüßen Euch herzlich



## „Die Polizei weiß, daß sie sich auf uns verlassen kann“

Wie die bayerische Justiz eine Mahnwache gegen den Atommeiler in Gundremmingen verfolgt - obwohl sie dort für harmlos gehalten wird



Von Annette Ramelsberger

Günzburg, 6. Juni - Das Grüppchen, das sich jeden Sonntag nachmittag vor Deutschlands größtem Atomkraftwerk Gundremmingen an der Donau versammelt, ist klein. Man könnte auch sagen, winzig. „Meistens sind es zwei, mal auch fünf, wenn es hochkommt, zehn Leute, die da stehen“, sagt Polizeihauptkommissar Wolfgang Kranz, Leiter der Inspektion Burgau im bayerischen Schwaben. Das Fähnlein der Aufrechten trifft sich sonntags um drei, hält vor dem Tor zum Kernkraftwerk ein Transparent hoch, betet und meditiert ein bißchen.

„Kein böses Wort“ komme von den Demonstranten, sagt der Kommissar. „Die sind halt überzeugt, daß die Atomkraft gefährlich ist und versuchen immer wieder, uns aufzuklären.“ Seit zehn Jahren schon, seit der Katastrophe von Tschernobyl, stehen die paar Leute vor dem Tor. Die Polizisten begrüßen sie mittlerweile per Handschlag. Eine Hebamme ist dabei, ein Schreiner, eine Kindergärtnerin, ein Fahrradkurier. „Ich könnte mir nie vorstellen, daß einer von denen einen Stein auf uns Polizisten wirft“, sagt Kranz. „Im Gegenteil, Menschen wie Koni Link würde sich zwischen die Polizei und Randalierer stellen.“

Doch Koni Link ist in den Augen der bayerischen Justiz ein gefährlicher Straftäter. Weil er immer wieder das Werksgeleis zum Kernkraftwerk Gundremmingen blockiert und mehrmals versucht hat, mit einem Schraubenschlüssel die

Muttern am Gleis zu lockern, verurteilte das Amtsgericht Günzburg den 33-jährigen Biobauern am Freitag zu fünf Monaten Freiheitsstrafe. Im Vergleich zu Urteilen in anderen Bundesländern eine außergewöhnlich hohe Strafe für einen Atomkraftgegner. Insgesamt drohen dem „Wiederholungstäter“ Link nun 14 Monate Haft auf Bewährung aus früheren Verfahren - wenn er sich in den nächsten drei Jahren etwas zuschulden kommen läßt. „Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen“, sagt Links Anwältin Anne Riehtmüller. „Die Leute von der Mahnwache sind zutiefst davon überzeugt, daß das, was sie machen, richtig ist: Es hilft nicht, sie zu kriminalisieren.“ Auch der grüne Landtagsabgeordnete Raimund Kamm sieht in Link einen Menschen, „der auf fast altmodisch aufrechte Weise seine ganze Person in die Wagschale legt“.

Link hat sich in den zehn Jahren seines Protestes immer wieder am Rechtsstaat gerieben - und die Staatsanwaltschaft hat ihn mit großem Fleiß verfolgt. Einmal verteilte er im Besucherzentrum des Kraftwerks Blumen - Hausfriedensbruch, konstatierte der Staatsanwalt. Link bemalte den Castor-Transporter für abgebrannte Brennelemente mit Sprüchen wie „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ - zwei Monate Haft auf Bewährung wegen Sachbeschädigung, befand das Gericht. Gestern mußte sich Link gleich wegen fünf Taten vor Gericht verantworten: Wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, weil er statt neben den Gleisen zum Kraftwerk Gundremmingen auf den Gleisen spaziert war. Zudem wegen des Versuches der „Zerstörung von Bauwerken“ und des Versuches der „Störung öffentlicher Betriebe“ - der Versuch, mehrere Schrauben und Muttern an dem Gleis zum Kraftwerk zu lockern.

1994 hatte das Bayerische Oberste Landesgericht noch ein Einsehen gehabt. Fünf Mitglieder der Mahnwache hatten sich zum Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki wie Tote auf die Fahrbahn zum Kraftwerk gelegt und ein „Die-in“ veranstaltet. Das Landgericht Memmingen hatte die fünf freigesprochen, die Staatsanwaltschaft beharrte jedoch auf einer Verurteilung wegen Hausfriedensbruch und Nötigung. Erst das Oberste Landesgericht stellte sich dem Verfolgungseifer der Staatsgewalt in den Weg. Die Aktionen seien „nicht verwerflich“, erklärte der Vorsitzende Richter Günter Gäbhard damals. Bei den Demonstranten handele es sich „nicht um Kriminelle, sondern für jeden erkennbar um junge Leute, die aus Sorge um das Wohlergehen der Allgemeinheit und künftiger Generationen gehandelt haben.“

Süddeutsche Zeitung Nr. 128 / Seite 11

Samstag/Sonntag, 7./8. Juni 1997

Doch diese Haltung ist im Freistaat selten. Im Vergleich zu den Strafen, die bei den gewalttätigen Protesten gegen den Castor-Transport im Wendland ausgesprochen wurden, werden die bayerischen Atomkraftgegner geradezu drakonisch verfolgt. Im Wendland wurden Straßen unterhöhlt, ganze Schienen abgeschraubt, das Gleisbett zerstört. Die höchste Strafe fiel jedoch nach Auskunft des Landgerichts Lüneburg vergleichsweise niedrig aus: Ein junger Mann, der wegen Sachbeschädigung verurteilt wurde, mußte 600 Mark zahlen. Dagegen werden bayerische Demonstranten nur für das Bemalen eines Castor-Transporters mit bis zu 2400 Mark Geldstrafe belegt. Eine Frau, die Flugblätter verteilte, auf denen zur symbolischen Schienen-Demontage aufgerufen wurde, mußte eine Geldstrafe zahlen, die einer dreimonatigen Haft entsprach.

Dabei wissen vor Ort alle, wie die Aktionen der Mahnwache ablaufen. Die Mitglieder gehen zuvor brav zur Polizei und zum Landratsamt und kündigen den Beamten an, daß sie sich leider nicht an die Auflage halten könnten, nur neben den Schienen zu gehen. Sie würden sich auf das Gleis setzen oder auf dem Bahnkörper laufen. „Die wissen, daß sie sich auf uns verlassen können. Wir stellen nichts Schlimmes an“, sagt treuherzig Koni Link, der Aktivist. „Erst halten wir einen Gottesdienst, dann schreiten wir zur Tat. Wir blicken halt erst noch mal dem Polizisten ins Auge, bevor wir den Schraubenschlüssel ansetzen.“

„Symbolischer Widerstand mit realen Mitteln“ sind diese Schienen-Spaziergänge für die Mahnwächter. Wenn Link sommers wie winters barfuß in seinen Jesuslatschen vor dem Kernkraftwerk ausharrt, kommt er manchem vor wie ein weltfremder Spinner. „Das würde ich nicht sagen“, widerspricht Kranz. „Man könnte die eher als Idealisten bezeichnen. Die versuchen halt so lange gegen die Atomkraft anzuarbeiten, bis sie irgendwann Erfolg haben. Die halten ihre Aktionen für eine Art Notwehr.“

Link ist bereit, für diese Überzeugung nicht nur seine Zeit, sondern auch seine Freiheit zu opfern. Seit fast zehn Jahren steht er jeden Sonntag vor dem Atomkraftwerk. Viermal ist er bisher ins Gefängnis gegangen, um Geldstrafen abzusetzen. Er will erreichen, daß die Gefährlichkeit der Atomkraft im Bewußtsein der Menschen bleibt. „Im Gefängnis haben mir die anderen den Vogel gezeigt. Für die ist es unverständlich, daß man lieber für seine Überzeugung in Haft geht, als zu zahlen“, sagt Link. „Drinne halten sie mich für einen Spinner.“

Aber draußen muß Link wohl bald wieder vor Gericht.



## Castor-Transporte nach Ahaus – Wir stellen uns quer

Wir sind froh, daß Gundremmingen nicht mehr in die ausländischen Wiederaufarbeitungsanlagen la Hague und Sellafield entsorgt. Die dortigen WAAs dürfen 100 000 mal mehr Plutonium an die Umwelt abgeben, als für Wackersdorf beantragt war. Und sie tun es.

Vielleicht hat unser jahrelanger gewaltfreier Widerstand gegen diese Transporte dazu beigetragen, daß Gundremmingen die Verträge mit La Hague und Sellafield gekündigt hat.

Aber jetzt setzt das AKW Gundremmingen auf die sog. "direkte Endlagerung". Alle wissen, daß es weltweit kein Endlager für hochradioaktiven Müll gibt. Der Begriff direkte Endlagerung" bedeutet, daß man den Atom Müll in Castorbehälter packt, daß man diese in Lagerhallen abstellt und daß man hofft, irgendwann einmal eine weitergehende Lösung präsentieren zu können.

Es gibt in Deutschland zwei solcher Lagerhallen. Die eine steht bei Gorleben in unmittelbarer Nähe zum geplanten, aber wohl ungeeigneten Endlager. Die zweite steht in Ahaus im Münsterland. Gundremmingen hat eine Vielzahl der Stellplätze in diesen beiden Hallen gepachtet. Allein diese Pachtverträge gelten als "Entsorgung" im Sinne von § 9a des Atomgesetzes. Dort steht: "Wer Anlagen, in denen mit Kernbrennstoffen umgegangen wird, (...) betreibt (...), hat dafür zu sorgen, daß anfallende radioaktive Reststoffe (...) als radioaktive Abfälle geordnet beseitigt werden (direkte Endlagerung)." Weil Gundremmingen diese Stellplätze gepachtet hat, erfüllt es die gesetzlichen Vorschriften und darf weiterhin Atomstrom und Atom Müll produzieren. – pro Jahr auch 1 Tonne Plutonium.

Wir nennen dies die Entsorgungslüge.

Die Betriebsleitung von Gundremmingen hat angekündigt, im Frühjahr 1998 drei Transporte von abgebrannten Brennelementen ins "Zwischenlager" Ahaus zu schicken. Wir wollen und können diese Transporte nicht hinnehmen. An einem Sonntagvormittag im Vorfeld des Transports werden wir eine weitere Ausrangiert" Aktion durchführen. Im Rahmen einer angemeldeten öffentlichen Veranstaltung werden wir mit unseren Händen Schottersteine vom Gleisbett der Privatschiene zum Atomkraftwerk entfernen. Wenn möglich werden wir auf diese Weise das Gleisbett unterhöhlen und die Benutzung des Gleises zumindest zeitweise unmöglich machen. Falls uns die Polizei hindert und festnimmt, werden wir uns der Festnahme nicht entziehen, sondern mit unserer ganzen Person dafür eintreten, daß der gewaltfreie Widerstand gegen die Entsorgungslüge gerechtfertigt ist.

Die TeilnehmerInnen der Aktion sollten sich des relativ hohen Bestrafungsrisikos bewußt sein. Wer wegen gewaltfreien Widerstands gegen Atomkraftwerke vorbestraft ist, muß sogar mit einer Haftstrafe (zunächst wohl auf Bewährung) rechnen.

Dennoch hoffen wir auf möglichst viele Mitstreiter und Mitstreiterinnen. Beim letzten Transport ins Gorlebener "Zwischenlager" stellten sich tausende von gewaltfreien BlckiererInnen quer. Hunderte von ihnen wurden brutal zusammengeschlagen. Ihr Einsatz soll nicht umsonst gewesen sein.

Wer Interesse hat, die Aktion mitzumachen, mitzugestalten, mitzutragen, melde sich bitte bei Volker Nick, [REDACTED]

[REDACTED]. Wir suchen dann gemeinsam einen Termin, ein Begleitprogramm und organisieren die Vorbereitung.

### Stellungnahme

von Rolf Hiemer

(die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche ...)

Unter den gewaltfreien Widerstandsaktionen der Mahnwache gegen das AKW sind die Schienenabbauaktionen, die jetzt von vielen Gruppen der Anti-AKW-Bewegung übernommen wurden, am folgenschwersten.

Mittlerweile werden hohe Strafen verhängt. Einige haben schon mehrmonatige Freiheitsstrafen auf Bewährung erhalten, zu denen immer noch neue dazukommen. Die Mahnwache steht unter einem Kriminalisierungsdruck, wie kaum eine Gruppe in der Anti-AKW-Bewegung.

Wenn Volker Nick erneut eine Schienenabbauaktion organisiert und durchführt, weiß er, daß ihn dies die Bewährung kostet und einige Monate Gefängnis bringen wird. Er hat sein Leben und seine Arbeit auf Widerstandsaktionen und Knast ausgerichtet und befindet sich insofern in einer "privilegierten" Position und auch unter entsprechendem Legitimationsdruck.

Ich selber bin zu 3 Monaten sowie zu 5 Wochen auf Bewährung verurteilt. Auf absehbare Zeit möchte ich vermeiden, soweit das bei mir liegt, diese Haft abzusitzen; aus privaten Gründen, über die ich gerne Auskunft gebe, hier aber nicht langweilen möchte.

Mein Problem mit der geplanten Aktion in Gundremmingen ist, daß Gewaltfreiheit als Kamikaze vorgeführt wird. Die Aussicht auf einen langen Knast kann abschreckend wirken. Wenige Freunde werden sich solidarisieren, mehr werden das für absonderlich halten. Es wird die Gruppe eher isolieren. Worunter auch die zu leiden haben werden, die jetzt nicht mitmachen wollen oder können, den moralischen Anspruch im Prinzip aber richtig finden.

Die Mahnwache hat die Aufgabe, gegen Atomtransporte von Gundremmingen nach Ahaus aktiv zu werden. Dazu gehört es auch, sich mit anderen vergleichbaren Gruppen und dem Widerstand in Ahaus zu verbinden. Davon handelt der Aufruf aber nicht; es heißt stattdessen lapidar: "Wir werden etwas tun". Die Isolation der Aktion steht schon vorher fest, als ob die Mahnwache nicht schon genug solcher einsamer Aktionen hinter sich hätte.

Solange der gewaltfreie Teil der Anti-AKW-Bewegung nicht bereit ist, sich eigenständig handlungsfähig zu machen, wird diese Bewegung keinen Erfolg haben. Eine soziale Bewegung, die mit ihren eigenen Erfolgen so umgeht wie z.B. mit den großartigen Aktionen von X-tausendmal Quer im Wendland, die mit Håme, Neid und Haß in den Dreck gezogen werden, bietet weder die organisatorischen Voraussetzungen noch den kommunikativen Zusammenhang, um gewaltfreien Widerstand,

Kriminalisierung und Knast politisch effektiv einzusetzen und individuell auszuhalten, gerade wenn es wie hier um viele Monate Haftzeit geht.

Zum Problem Knast: Im Prinzip halte ich die Bereitschaft, ins Gefängnis zu gehen, für eine mögliche und plausible Weiterführung gewaltfreier Aktion. Die Kritik an Menschen, die aus eigenem Entschluß für zivilen Ungehorsam ins Gefängnis gingen (z.B. Katja Tempel) setzt meist am Vorwurf des "Märtyrertums" und der "Spaltung" an. Bei vielen linken Kritikern interpretiere ich das als Ohnmacht im Umgang mit politischen Häftlingen, vor allem der RAF. Die mehr bürgerbewegte Kritik scheint mir die Grenzziehung staatlicher Gewalt weitgehend verinnerlicht zu haben: "Knast" als Mittel der Schmerzzufügung und Stigmatisierung abweichenden Verhaltens wird akzeptiert, solange man die Möglichkeit taubuisiert, daß auch bestens gerechtfertigte Menschen für die Teilnahme an Protestaktionen etwa gegen die Wiederaufarbeitung ins Gefängnis gehen.

Der Irrtum beider Positionen scheint mir darin zu liegen, daß gerade an dieser Stelle "Knast" die Grenzziehung des Staates akzeptiert wird, obwohl doch beide die Grenzziehung des Staates bzw. der Gesellschaft problematisieren, überschreiten und verändern wollen.

Was ich an einigen Darstellungen von gewaltfreien Knästen kritisch sehe

1. Die Darstellung des Knastes als eine Art Selbsterfahrung und Erweiterung der Persönlichkeit.

2. Die Selbstdarstellung der eigenen Person in einer Opferrolle, verbunden mit dem Wunsch, anderen auf dem Gewissen herumzutreten, provoziert Abwehr und führt geradewegs zum Märtyrervorwurf.

3. Die naive Solidarisierung mit den anderen Gefangenen. Die Haltung im Sinne von "der Staat ist böse und die Gefangenen sind nur Opfer" verharmlöst das Problem sozial bedingter Kriminalität. Der Wunsch, mit dem eigenen Gefängnisaufenthalt die soziale Wirklichkeit des Gefängnisses stärker ins Blickfeld zu rücken, wird so gerade verfehlt.

Politischer Knast gehört politisch begründet. Staatliches Unrecht soll sichtbar, problematisiert und unhaltbar gemacht werden. Das bedeutet aber: politischer Knast hat nur Sinn, wenn zahlreiche Personen, über Jahre verteilt bereit sind, Haftstrafen auf sich zu nehmen. Denn jede Korrektur auf der Seite staatlicher Institutionen dauert lange.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß ich die persönliche Entscheidungsfreiheit für das Wichtigste halte: ob jemand sich auf Aktionen, Prozesse, um Haft einzulassen bereit ist, muß an jeder Stelle freie und individuelle Entscheidung bleiben können. Auf diese Bewahrung individueller Selbstbestimmung müssen Gruppen und Aktionen achten. Es gibt in der Anti-AKW-Bewegung viel Korpsgeist, zu viel, was sich militant nennt, aber besser Gruppendruck heißen sollte.



# Chronik der Mahnwache

- 6.6. Koni Link von Amtsrichter Seitzer zu 5 Monaten auf Bewährung und 600.- DM verurteilt, wg. zwei Verstößen gegen das Versammlungsrecht bei Schienenspaziergängen, 1x Störung öffentl. Betriebe, 1x Sachbeschädigung und 1x Zerstörung von Bauwerken, alles im Zusammenhang von "Ausrangiert"-Aktionen.
- 4.7. bestätigt das Landgericht München die Verurteilung von Gerta Manz zu 15 Tagessätzen a DM 60.-.
18. und 21.7. verhängt es gegen Friedrich Müller 30 Tagessätze a 70.-, beides wg. Ausrangiert-Flugis.
- 31.7.-9.8. geht Katja Tempel in einer öffentlichen Aktion in den Knast. Sie war am 19.8. mit 30 Menschen "für einen musikalischen Einstieg in den atomaren Ausstieg" ins Zwischenlager Gorleben eingedrungen. Ihre Knastaktion wird in der Gorleben-Rundschau sehr kontrovers diskutiert
- 3.8. wird die Mahnwache von der Kikundi cha Vijiana, Mwan-goi, einer tanzanischen Selbsthilfegruppe, und ihrer Tübinger Partnergruppe aktion zusammenkommen gestaltet
- 6.-10.8. Camp und Fest: Wir feiern mit dem Bund Naturschutz und dem Bündnis Schwäb. AtomgegnerInnen den Ausstieg Gundremmings aus den Wiederaufarbeitungs-Verträgen
- 18.-27.9 geht Martin Otto in der JVA Frankfurt. Er war für den Aufruf zur 1. Ausrangiert-Aktion zu DM 300.- Strafe verurteilt worden, hatte sich aber zu zahlen geweigert und einen Teil der Strafe mit 120 Std. abgearbeitet. Martin schreibt uns:

*Bevor ich meine "Mahnwache hinter Gittern für die Stilllegung aller Atomanlagen" vom 18. bis 27.9.97 im Gefängnis von Frankfurt Preungesheim antrat, verbreitete ich 700 Infos über Hintergründe und Sinn meines Gangs in den Knast. Die Gruppe Gewaltfreie Aktion Wetzlar, der ich an-gehöre, fügte ebenso viele Vordrucke einer Protest-Postkarte an die Bundesumweltministerin bei. Hoffentlich hat Frau Merkel viele Karten erhalten. Ich bekam 94 Zuschriften, bis auf zwei waren alle sehr aufmunternd, teilweise geradezu herzlich. Ich fürchte, eine Menge Briefe hat mich nicht erreicht, wegen des Poststreiks während meiner Haftzeit. Die Zeit im Offenen Vollzug war im übrigen erträglich.*

- 5.9. die taz meldet, daß die neuen Regierungen in London und Frankreich die radioaktiven Ableitungen aus den WAAs in die Nordsee beschränken wollen, Tony Blair will Sellafeld und Dounreay nachrüsten und auf der gleichzeitigen Konferenz der Nordseeanrainerstaaten (Ospar) entsprechenden Druck machen. Greenpeace, die z.Zt die Emissionen in La Hague mißt, spricht von der "dramatischsten Veränderung der britischen Emissionspolitik"
- 20.-21.9. Aktionstag in Krümmel
- 22.9. stehen erstmals Unterstützer vor Gericht: Michaela Kaplan, Christof Then und Volker Scheub hätten bei der Schienenabschraub-Aktion am 27.9.93 den Lokführer zu warnen gehabt, sie werden von Amtsrichter Schöler zu 50 Tagessätzen verurteilt, Christof zusätzlich für das 1. Go-In zu 20 Tagessätzen. Die Vernehmung des für die Atomentsorgung bei der RWE zuständigen Herrn Petersen ergibt, daß Herr Petersen mit viel Worten wenig sagen will, außer daß der Atommüll in der Irischen See "aufgelöst" wird. Gerhard Schmid vom Öko-Institut sagt aus, daß technisch in Sellafeld von "schadloser Verwertung" nicht die Rede sein kann.
- Währenddessen fährt ungestört ein Castor aus dem AKW nach La Hague, was die Zeitungen meldenswert finden
- 23.9. Demo der alternativen Energieerzeuger in Bonn gegen das neue Stromeinspeisegesetz

- 25.9. werden Sylke Wagner, Markus Kienle, Tobias Betzler und Dorothee Rufermann wegen Hausfriedensbruch vor dem Amtsgericht Ulm verhandelt, sie hatten auf der Eisenbahnbrücke einen Sellafeld-Castor blockiert; Einstellungsangebot mit DM 600.- Bußgeld angenommen
- 26.9 wird Hanna Jaskolski wegen Ausrangiert-Aktionen nach 70 Minuten von Amtsrichter Seitzer zu 60 Tagessätzen verurteilt: "Versuchte Sachbeschädigung". Weil der Polizist zu bezeugen wußte, daß sie mit den Händen 60 Steine weggeräumt hat, verkauft sie jetzt 60 bemalte Schottersteine an Freunde und Bekannte zum Tagessatzpreis
- Oktober: Die EU-Kommission verklagt das Umweltbundesministerium beim Europäischen Gerichtshof wegen Nichteinhaltung der EU-Richtlinie, daß alle zuständigen Behörden 2 Monate vor einem Atomtransport informiert werden müssen und Einspruchsrecht haben
- 7.10. Burkhard Sippl-Barth als Selbstanzeiger wegen Aufrufs zur 1. Ausrangiert-Aktion vorm Amtsgericht Überlingen freigesprochen: "Mit dem Aufruf wollte der Angeschuldigte seine politische Meinung datun, die grundrechtlich geschützt ist, und nicht ernstlich zu Straftaten aufrufen", meint Richterin Hügel, die zuvor schon den Erlaß eines Strafbefehls abgelehnt hatte, aber nach staatsanwaltlicher Beschwerde zum Prozeß gezwungen worden war. Burkhard hatte umgekehrt ein Einstellungsangebot gegen Bußgeld abgelehnt
- 9.10. Diesmal wird Holger Jänicke in der Berufung am Landgericht Dortmund zu 60 Tagessätzen verurteilt
- 19.10 Schienenspaziergang mit 40 Menschen, fast alle trotz Verbots auf der Schiene; der AK Energie der bayrischen Grünen gestaltet die Mahnwache
- 24.10. gründet sich in Lauingen die längst überfällige gemeinnützige BI Energiewende Schwaben, gegen AKWs im Donauried und für eine Energiewende
- 31.10. Felix Duffner und Ernst Ludwig Iskenius werden nach kurzem Prozeß für 2 Ausrangiert-Aktionen von Amtsrichter Seitzer zu je 60 Tagessätzen a DM 36.- bzw. 60.- verurteilt, der damit dem Antrag des Staatsanwalts folgt
- 3.11. der wahrscheinlich oder hoffentlich letzte La Hague-Castor wird von 8 Leuten blockiert. "Atomgegner nicht müde", meldet die Südwestpresse
- 11.11. Erwin Röstel wegen zwei Ausrangiert-Aktionen von Amtsrichter Seitzer, Günzburg, zu 60 Tagessätzen verurteilt
- 12.11. Doris Kainz hat Berufungsprozeß am Landgericht Memmingen. Richter Worm verurteilt wegen „Störung öffentl. Betriebe“, obwohl er das nicht richtig findet, und reduziert die 50 auf 30 Tagessätze a 80.- wegen Ausrangiert-Flugis und meint, wir sollten doch einen Pilot-Prozeß führen und nicht ständig die Gerichte beschäftigen, sie könnten sich gar nicht mehr um richtige Kriminelle kümmern

*und 12.12.!*

**Mittwoch 26.11., Montag 1.12. und Freitag 5.12.** je 9h Zimmer 132 (VI), Maximiliansbau Landgericht Memmingen  
Zusammenfassung von 9 Berufungsverhandlungen mit K. Link, S. Birrenbach, R. Hiemer, H. Jaskolski, V. Nick, C. Then, M. Kaplan, V. Scheub  
**26.11.** ca 15h Aussage des AKW-Geschäftsführers von Weihe  
**1.12.** Zeugen Huck, Bundesamt für Strahlenschutz, zuständig für Genehmigungen der Castor-Transporte, und Petersen, RWE  
**5.12.** Zeuge Küppers, Öko-Institut  
**Zu den Verhandlungstagen gibt es Abendveranstaltungen**  
**20h** im Elbistan, Memmingen, Ulmerstr. 1, beim Marktplatz  
**26.11.** AKW Gundremmings und die notwendige Energiewende  
**1.12.** Gewaltfreiheit und Widerstand (mit Jochen Stay)  
**4.12.** La Hague, Sellafeld, Gorleben, Ahaus... die atomare Entsorgungslüge (mit Christian Küppers, Öko-Institut)  
- kurzfristige Änderungen sind möglich, bitte Zeitung beachten oder anrufen, wenn Ihr von auswärts kommt, was uns besonders freuen würde!